

„Geht nicht zurück zu euren eigenen Währungen“

JPMorgan-Chef James Dimon identifiziert Europa als die größte Gefahr für die Weltwirtschaft. Nach der Euro-Krise wappnet er sich für die nächste Herausforderung: die Konkurrenz aus China

JÖRG EIGENDORF UND ANDREA REXER

James (Jamie) Dimon ist dafür bekannt, stets ein paar Minuten vor dem vereinbarten Termin aufzutauchen. Für einen Moment sah es so aus, als würde der Vorstandsvorsitzende von JPMorgan Chase diese Regel brechen. Doch dann schlendert er strahlend in den Konferenzraum im Berliner „Hotel Adlon“. „Ich habe den Fototermin schon erledigt.“ Ihm scheint alles leicht von der Hand zu gehen: Seine Bank hat in der Finanzkrise kontinuierlich Gewinne abgeworfen und sich in den USA zur Nummer eins der Branche hochgearbeitet. Schlechte Laune? Fehlanzeige. Müdigkeit ist ihm auch nicht anzusehen – obwohl er keine 20 Stunden zuvor auf der Bühne eines Kongresses in San Francisco saß. Für den „Welt“-Wirtschaftsgipfel flog er eigens nach Berlin.

WELT AM SONNTAG: Als wir uns das letzte Mal vor zwei Jahren im April 2010 getroffen haben, waren Sie ziemlich optimistisch: Sie glaubten zwar, dass die Staatsschulden das Wachstum bremsen werden, aber

Griechenland seine Probleme in den Griff bekommen würde. Damit lagen Sie ziemlich verkehrt, oder?

JAMES DIMON: Ich kann die Zukunft nicht vorhersagen – niemand kann das. Ich kann nur von Wahrscheinlichkeiten sprechen. Wo lag ich richtig und wo falsch? Die USA weisen ein leichtes Wachstum aus, das auf einer sehr breiten Basis steht und sich verstärken kann. Die größte Gefahr für die Weltwirtschaft ist Europa. Dass es Probleme gibt, war damals schon klar. Aber ich hätte nie gedacht, dass es so schlimm kommt.

WELT Wirtschaftsgipfel

Ist aus dem Daueroptimisten Dimon auf einmal ein Pessimist geworden?

Nein. Ich habe schon damals erwartet, dass sich Europa durchlaviert. Und das glaube ich noch immer. Allerdings räume ich diesem Szenario inzwischen nicht mehr eine Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent ein, sondern nur mehr von 60

Prozent. Es braucht dringend eine Lösung. Je länger sich das Problem hinzieht, desto geringer werden die Chancen für einen glimpflichen Ausgang.

Sie sind nur für den „Welt“-Wirtschaftsgipfel nach Europa geflogen. Hat es sich gelohnt?

Ja, auf jeden Fall. Der direkte Austausch mit den Menschen vor Ort und den Experten ist unersetzlich.

Haben Sie jemals so viel Unsicherheit in den Märkten erlebt wie heute?

Nein, die Unsicherheit ist weitaus schlimmer als in der Zeit nach der Lehman-Pleite.

Und wird sie noch schlimmer?

Unsere Aufgabe ist es nicht, die Zukunft zu prognostizieren, sondern in Szenarien zu denken. Eine Möglichkeit ist, dass die Sparmaßnahmen greifen, das Vertrauen zurückkehrt und wir in einem Jahr die Krise vergessen haben. Das zweite Szenario ist, dass der Euro auseinanderbricht.

Wie wahrscheinlich ist das?

Sehr unwahrscheinlich – allein weil es eine so unvorstellbar große Katastrophe

wäre, und das weit über Europa hinaus. Wahrscheinlicher ist ein Szenario, das zwischen den beiden genannten liegt: Es könnte sein, dass einige Länder wie Griechenland wider alle Vernunft aus dem Euro austreten. Auch das wäre schlimm, aber es wäre machbar.

Wie können wir es schaffen, dass in einem Jahr die Krise vergessen ist?

Jeder weiß, was zu tun ist.

Wirklich? Es liegen viele verschiedene und widersprüchliche Ansätze auf dem Tisch, die Debatte läuft auf Hochtouren.

Ja, aber am Ende ist doch allen klar, dass jedes Land glaubhafte Sparmaßnahmen ergreifen muss. Alles andere wird nicht funktionieren. Die Welt hat ihre Lektion über Staatsschulden gelernt. Europa muss diese Herausforderung nun annehmen.

Gleiches gilt aber auch für die Vereinigten Staaten. Dort ist das Primärdefizit noch viel größer als im Durchschnitt Europas.

Das stimmt, aber das Primärdefizit ist doch nur ein Indikator von vielen. Der Unterschied zwischen Italien und den Vereinigten Staaten ist, dass die USA Dollar drucken können. Italien hingegen kann das nicht, weil es keine eigene Zentralbank mehr hat. Um Europas Krise zu





„Ich bin der Krise überdrüssig“, sagt JPMorgan-Chef Jamie Dimon beim Interview im Berliner „Adlon“. „Ich wünsche mir, dass wir die Probleme schnell lösen. Es steht zu viel auf dem Spiel!“

RETO KLAR

beenden, braucht es zwei klare Schritte: Sparmaßnahmen, die auch wirklich umgesetzt werden, und das Bekenntnis der Europäischen Zentralbank, Ländern wie Italien oder Spanien unbefristet Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Das macht die EZB doch jetzt schon. Ja, aber es ist nicht klar, für wie lange. Das sorgt für Unsicherheit. Nur wenn beide Faktoren zusammenkommen, ist die Krise vorbei.

Sie haben 16 Milliarden Dollar an Risiken aus den südeuropäischen Ländern in den Büchern. Haben Sie sich zu langsam verabschiedet? Für uns ist das Risiko überschaubar. Es gibt immer so viele Genies da draußen, die einem Manager hinterher sagen, welche Risiken man hätte nehmen sollen und welche nicht. Also, was sagen die Genies, was ich mit meinem 16 Milliarden Dollar schweren Südeuropa-Portfolio hätte machen sollen?

Abstoßen und sich aus der Region zurückziehen! Das werden wir sicher nicht tun. Denn es ist nicht der Weg, langfristig Geschäfte zu machen. Wir sind seit über 100 Jahren in Europa, und wir werden auf Dauer hier bleiben. In Vorstandssitzungen werde ich oft gefragt, wie viel Geld wir verlieren können. Und ich sage: viel Geld. Wir sprechen hier von einer Summe von etwa fünf Milliarden Dollar, also knapp 30 Prozent, wenn es richtig schlecht lief. Ein solcher Verlust würde uns schmerzen, aber nicht umbringen.

Haben Sie Ihr Engagement in Europa reduziert? Nein, wir haben in den Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien nicht reduziert. Auch in den anderen Ländern gab es nur kleine Verschiebungen.

Wie oft sprechen Sie mit Ihrem Management über Europa? Viel zu viel. In den USA drehen sich 50 Prozent der Diskussionen um Europa. Und das führt dazu, dass das Problem noch schlimmer wird. Denn es zwingt uns, alle Verträge mit europäischen Partnern auf den Prüfstand zu stellen. Da alle Banken und Versicherungen das tun, kann das zu einem gigantischen Schneeballeffekt führen. So funktionieren die Märkte nun einmal. Aber gerade die Politiker in Europa wollen das offenbar nicht akzeptieren. Je länger sich die Krise hinzieht, umso heftiger wird der Druck der Märkte werden.

Angela Merkel und Nicolas Sarkozy wollen die Krise unter anderem durch eine Transaktionssteuer mildern. Kann das funktionieren? Die Transaktionssteuer hat noch nie funktioniert. Es wurde doch schon mehrfach versucht. Diese Steuer werden nicht die Banken bezahlen. Das ist wie eine Steuer auf Milch, die zahlt auch der Käufer. Die Transaktionen werden dann an solche Finanzplätze wandern, die diese Steuer nicht erheben. Singapur wird sich freuen.

Wie erklären Sie sich dann das europäische Vorgehen? Die europäischen Politiker trauen den Märkten nicht, und es fällt ihnen manchmal schwer zu verstehen, wie sie funktionieren. Dennoch bin ich überzeugt davon, dass die Politiker mit Leib und Seele um die beste Lösung ringen. Dass Angela Merkel die Krise nicht nur kurzfristig, sondern langfristig lösen will, ist ein sehr guter Ansatz. Die Europäische Union ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit, der Euro die größte Errungenschaft Europas in den vergangenen hundert Jahren. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Ich kann den Europäern nur raten: Geht nicht zurück zur euren eigenen Währungen.

Könnte es sein, dass Europa durch diesen hohen Veränderungsdruck letztlich stärker aus der Krise hervorgeht als die USA?

Dieser Vergleich ist sinnlos. Er hilft weder Europa noch den USA weiter. Jeder muss seine Hausaufgaben machen. Auch die USA stehen unter Druck, auch sie müssen ihr Schuldenproblem lösen. Und das werden die USA auch tun. Je früher, desto besser. Wenn unsere Regierung nicht handelt, dann wird sie irgendwann zum Handeln gezwungen werden – genauso wie jetzt die europäischen Regierungen. Wir werden unter diesen Druck geraten, das ist nur eine Frage der Zeit.

Wenn Europa und die USA sparen müssen, laufen wir damit nicht automatisch in eine Rezession? Nicht zwingend. Die Regierungen könnten ihr langfristiges Schuldenproblem lösen, ohne die Staatsausgaben der nächsten zwei Jahre zu reduzieren: Wir müssten nur Pensionszusagen und andere zukünftige Ausgaben kürzen. Warum arbeiten wir nur bis 65? Als diese Regelung eingeführt wurde, war die Lebenserwartung noch bei 65 Jahren. Jetzt werden wir im Durchschnitt über 85 Jahre alt. Wenn wir nur ein paar Jahre länger arbeiten würden, wäre das künftige Haushaltsproblem in den USA gelöst.

Sie treten für weniger Staat ein. Die öffentliche Meinung fordert nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre genau das Gegenteil: mehr Staat. Ich bin kein Politiker, aber es ärgert mich, wenn immer mit der „öffentlichen Meinung“ argumentiert wird. Politiker sollten nicht nach Meinungsumfragen regieren. Sie müssen wissen, welche Maßnahmen funktionieren, und die Öffentlichkeit davon überzeugen, warum genau das passieren muss.

Es geht vor allem um Gerechtigkeit. Vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass ein konservativer Politiker wie der britische Premier David Cameron fordert, dass die Gehälter der Banker sinken müssen. Das klingt natürlich immer gut, wenn man auf die fetten Gehälter der Banker schimpft. In den vergangenen zwei Jahren sind die Gehälter des obersten Prozents in den Vereinigten Staaten dramatisch gefallen. Hat es den anderen 99 Prozent geholfen? Nein! Unbestritten haben manche Unternehmen heftige Fehler bei der Bezahlung gemacht. Diese Fehler muss man korrigieren. Aber sie waren nicht die Ursache der Krise.

Viele Menschen demonstrieren, weil sie das Gefühl haben, dass ein Grundprinzip unserer Gesellschaft verletzt wurde: Risiko und Haftung fallen auseinander, Leistung und Bezahlung gehen nicht mehr Hand in Hand. Ich kann diese Kritik verstehen. Aber das haben wir in der Geschichte schon oft erlebt: Das war auch im kommunistischen Russland und im kommunistischen China nicht anders. Die Arbeiter haben ein hartes Leben und verdienen wenig. Und auf der anderen Seite gibt es immer wieder Leute, die ihr Unternehmen an die Wand fahren und mit einer Menge Geld rausspazieren. Das ärgert mich auch! Aber das sind Ausnahmen und nicht die Regel. Wer viel leistet, soll

te auch viel verdienen. Wer soll darüber entscheiden? Ganz klar der Markt und nicht die Politik.

Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt, als die Occupy-Bewegung aufkam, gedacht, dass die Krise nun eine neue Dimension erreicht? Nein, nicht eine Minute. Ich warne immer vor den Leuten, die behaupten, für das Volk zu sprechen. Der durchschnittliche Bürger der USA – und vielleicht trifft es auch auf Deutschland zu – glaubt, dass ihn die Institutionen im Stich gelassen haben. Und damit hat er recht: Die Institutionen Amerikas haben die Menschen im Stich gelassen. Aber man kann diese Aussage nicht pauschal auf den einzelnen Banker, den einzelnen Politiker beziehen. Diese pauschale Diskriminierung ist unfair. Und sie löst keine Probleme. Es hilft übrigens auch nicht weiter, die Regulatoren an den Pranger zu stellen. Denn wenn Manager einen regulatorischen Rahmen so weit ausnutzen, dass sie die Bank an den Abgrund führen, dann sind sie dafür verantwortlich zu machen.

Sie betonen gern, dass Sie kein Politiker sind. Aber durch die Finanzkrise haben sich Politik und Finanzindustrie angenähert. Sie müssen Verantwortung übernehmen. Das tue ich doch. Ganz persönlich bin ich bereit, meinen Anteil zu leisten: Ich unterstütze progressive Steuern. Ich will, dass Kinder gute Schulen besuchen können. Und JPMorgan hat in der Krise viel für die Gesellschaft getan. Wir haben den Bau von Schulen und Krankenhäusern finanziert und Kriegsveteranen eingestellt, wir haben umfangreich Kredite für mittelständische Unternehmen vergeben. Und wir haben andere Banken wie beispielsweise Bear Stearns gekauft, um Arbeitsplätze zu retten und das System zu stabilisieren. Wir haben 2011 weltweit 20 000 neue Jobs geschaffen.

Das klingt, als könnten Sie über Wasser laufen: Sie können sich diese Dinge leisten und verdienen immer noch mehr Geld als jede andere Bank.

Es gibt auch andere erfolgreiche Häuser, Wells Fargo zum Beispiel oder die Deutsche Bank. Wir machen unseren Job eben auch besser als andere. Ist es schlecht, Geld zu verdienen? Es ist nicht gut für die Gesellschaft, wenn ein Unternehmen keinen Gewinn macht. Die Straße zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert. Wer wirtschaftlich nicht erfolgreich ist, wird untergehen. Was soll ich tun? Soll ich mich selbst geißeln dafür, dass ich erfolgreich bin, Arbeitsplätze schaffe und mit meinen Steuern die Gesellschaft unterstütze?

Was macht Sie so sicher, dass Sie nicht eines Morgens aufwachen und sich JPMorgan in einer ähnlich schlimmen Situation befindet wie Citigroup oder Bank of America, die jahrelang bewundert wurden? Jeder macht Fehler. Das gehört zum Wirtschaftsleben. Auch wir haben Fehler gemacht. Aber glücklicherweise waren es weniger und kleinere Fehler. Ich kann aber auch mit den europäischen Banken mitfühlen. Denn wenn man sich auf die Bonität der Staatsanleihen des eigenen Heimatlandes nicht mehr verlassen kann, hat man einen schwierigen Stand. Ein Stresstest, der das infrage stellt, ist eine harte Prüfung. Staatsanleihen sollten sakrosankt sein.

Europa will die Eigenkapitaldecke der Banken stärken. Sie hingegen sperren sich gegen die neuen Vorschriften nach Basel III. Warum? Ich bin nicht gegen Basel III, sondern nur gegen die unsinnigen Aspekte des Regelwerkes. Wenn ich in einer Krise immer mehr Kapital nachschießen oder meine Risiken zurückfahren muss, dann verstärkt das die Krise noch.

Sie waren in der Krise so erfolgreich, dass JPMorgan immer größer geworden ist – und damit immer systemrelevanter. Hat Komplexität nicht ihre Grenzen? Wir sind keine besonders komplexe Bank, das ist der Unterschied zu anderen großen Häusern, die in eine Krise geraten sind. Wir sind zwar groß, aber nicht

komplex. Wir verstehen genau, was wir tun. Allerdings darf kein Unternehmen so groß und komplex werden, dass es sich nicht retten lässt.

Wie lange würde es dauern, um JP Morgan abzuwickeln – in Tagen, Wochen oder Monaten ausgedrückt? Das ist schwer zu sagen. Es dauert, bis man feststellt, wer wie viel Geld verliert. Aber es muss möglich sein, das zu tun. Wenn eine Bank pleitegeht, gehört sie irgendwann begraben – samt dem Management. Unehrenhaft. Für immer und ewig.

Wie wird das globale Bankensystem in zehn Jahren aussehen? Die USA – und auch Deutschland – haben da noch einen weiten Weg vor sich. Denn diese beiden Länder haben noch immer zersplitterte Bankenlandschaften. Unsere großen Konkurrenten aber werden nicht mehr aus den westlichen Industrieländern kommen – sondern aus Ländern wie China, Indien oder Brasilien. Die chinesischen Banken haben eine gigantische natürliche Wachstumsbasis. Sie haben viel Kapital, und sie können jede westliche Bank mit einem Fingerschnippen kaufen – und das wollen sie auch. Ich sage immer zu meinen Vorstandskollegen: Wenn wir mit dieser Krise durch sind, dann spielen wir in der nächsten Runde gegen China.

Sie sind seit zwölf Jahren Vorstandschef. Sind Sie manchmal amts müde? Ich liebe, was ich tue, und bin sehr stolz auf JPMorgan. Wenn ich mit Kunden spreche, dann merke ich, dass sie sehr zufrieden mit unserer Arbeit sind. Aber ich bin der Krise überdrüssig. Ich wünsche mir, dass wir die Probleme schnell lösen. Politiker, Regulatoren und Banker bekriegen sich gerade gegenseitig. Diese drei Gruppen müssen sich gemeinsam an einen runden Tisch setzen und pragmatisch eine tragfähige Lösung erarbeiten. Es steht zu viel auf dem Spiel.

Haben Sie sich selbst ein Datum gesetzt, wann Sie aufhören wollen? Nein!